

Ausbildungsplan für die Arbeitsgemeinschaft Zivilrecht I

I. Allgemeines

Der Ausbildungsplan beruht auf § 19 Satz 2 der Juristenausbildungsordnung (BbgJAO) vom 6. August 2003 (GVBl. II S. 438).

Der Ausbildungsplan erläutert Ausbildungsziel, Ausbildungsgegenstände und Ausbildungsmethoden der Arbeitsgemeinschaft Zivilrecht I. Er wendet sich in erster Linie an die Ausbilder und dient der Einheitlichkeit der Ausbildung. Zugleich soll er den Rechtsreferendaren als Orientierung dienen.

II. Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft

Die Arbeitsgemeinschaft Zivilrecht I schließt sich unmittelbar an den Einführungslehrgang Zivilrecht an und begleitet die Pflichtfachausbildung in Zivilsachen bei einem ordentlichen Gericht gemäß § 21 Abs. 1 Nr. 1 JAO in der Zeit vom 2. bis 4. Ausbildungsmonat.

Für die Arbeitsgemeinschaft sind 48 Unterrichtsstunden (je 45 Minuten) vorgesehen. Die Arbeitsgemeinschaft findet regelmäßig einmal wöchentlich statt. Der Unterricht dauert jeweils vier Unterrichtsstunden und ist durch angemessene Pausen zu unterbrechen.

Zusätzlich sind für das Themengebiet der Zwangsvollstreckung (s. Ziffer 12.) des Stoffkatalogs im Anhang) 8 Unterrichtsstunden vorgesehen. Die Ausbildungsbehörde kann die Durchführung des zwangsvollstreckungsrechtlichen Teils der Arbeitsgemeinschaft, soweit erforderlich, einem anderen Leiter übertragen.

Es sind drei Übungsklausuren zu schreiben. Sie sind außerhalb der regelmäßig stattfindenden Arbeitsgemeinschaftstermine anzufertigen. Die Besprechung der Klausuren erfolgt im Rahmen der vorgenannten 56 Übungsstunden. Der Arbeitsgemeinschaftsleiter darf nach vorheriger Abstimmung mit der Ausbildungsbehörde für jede der zu besprechenden Übungsklausuren die Unterrichtszeit um zwei Unterrichtsstunden verlängern, wenn dies nach dem Ausbildungsstand der Teilnehmer erforderlich erscheint.

Die Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft und den Klausuren ist für die Rechtsreferendare Dienstpflicht und geht jedem anderen Dienst vor.

An Tagen, an denen der Rechtsreferendar an der Arbeitsgemeinschaft Zivilrecht I oder an Klausurterminen teilnimmt, ist die restliche Zeit von Verpflichtungen in der Ausbildungsstation frei zu halten, um die zeitnahe Vor- und Nachbereitung des Unterrichtsstoffes sowie häusliche Arbeiten zu ermöglichen.

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft hat die Anwesenheit der Rechtsreferendare festzustellen; Fehlzeiten sind der Ausbildungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

Ist der Arbeitsgemeinschaftsleiter wegen kurzfristiger Erkrankung, Urlaubs oder dienstliche Belange verhindert, soll er sich in Absprache mit der Ausbildungsbehörde durch einen geeigneten Kollegen vertreten lassen.

III. Ausbildungsziel

Die Arbeitsgemeinschaft Zivilrecht I begleitet die Ausbildung der Rechtsreferendare in der Pflichtstation bei einem ordentlichen Gericht in Zivilsachen. Die Kenntnisse der Rechtsreferendare sollen praxisbezogen ergänzt und vertieft werden. Nach Abschluss der Arbeitsgemeinschaft sollen sie über hin-

reichende Kenntnisse zu den wichtigsten Regelungen der Zivilprozessordnung verfügen und in der Lage sein, in Fällen von examensüblicher Schwierigkeit eigenständig Urteils- und Beschlusssentwürfe zu fertigen.

IV. Durchführung der Arbeitsgemeinschaft

Die inhaltliche und methodische Gestaltung der Arbeitsgemeinschaft obliegt im Rahmen dieses Ausbildungsplanes dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

Es ist davon auszugehen, dass der Rechtsreferendar für die Arbeitsgemeinschaft und das Selbststudium durchschnittlich etwa zwei Fünftel der wöchentlichen Arbeitszeit benötigt.

Die Rechtsreferendare erhalten in der Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit zur Festigung, Kontrolle und Vertiefung des Wissens, zur Übung der Fähigkeiten sowie zur Diskussion der Rechtsauffassungen.

Die Rechtsreferendare sind - über die im Einführungslehrgang Zivilrecht vermittelten Grundlagen hinaus - mit der richterlichen Arbeitstechnik vertraut zu machen. Die relationstechnische Erarbeitung des Sachverhaltes sowie die Fertigkeiten beim Abfassen von richterlichen Entscheidungen sollen vertieft werden.

Die Ausbildung soll fallorientiert erfolgen. Geeignet sind Aktenstücke aus der Praxis oder an der Praxis orientierte Fallbeispiele, die die methodischen und zivilprozessualen Grundprobleme verdeutlichen und die Einsicht der Rechtsreferendare in das Zusammenwirken von materiellem und formellem Recht fördern.

Die Rechtsreferendare sollen sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft darin üben, sowohl mündliche als auch schriftliche Leistungen zu erbringen. Zur Vor- und Nachbereitung der Übungsstunden und zur Fertigung schriftlicher Entwürfe kann die Anfertigung häuslicher Arbeiten gefordert werden. Der Einzelkorrektur der angefertigten Arbeiten bedarf es nicht; es genügt die Besprechung im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft.

Bei den zu fertigenden drei Übungsklausuren soll es sich um ehemalige Examensklausuren jüngerer Datums handeln, die den Entwurf richterlicher Entscheidungen erster Instanz zum Gegenstand haben. Die Rechtsreferendare haben die Klausuren eigenständig zu fertigen. Die Arbeiten sollen unter examensähnlichen Bedingungen geschrieben werden; aus organisatorischen Gründen kann auf eine Klausuraufsicht verzichtet werden. Die Bearbeitungszeit beträgt regelmäßig fünf Zeitstunden. Die Aufgaben sollen in der Regel im Zusammenhang mit den zuvor in der Arbeitsgemeinschaft besprochenen Ausbildungsinhalten stehen. Die Klausuren sind von dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft durchzusehen, mit einer Note und Punktzahl zu bewerten, wie sie für Einzelleistungen in der Prüfung vorgesehen sind, und in der Arbeitsgemeinschaft zu besprechen; hierbei soll die erreichte durchschnittliche Punktzahl der Klausuren in der Arbeitsgemeinschaft der im Durchschnitt erreichten Punktzahl in der seinerzeitigen Examensbewertung gegenübergestellt werden.

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft soll den Rechtsreferendaren Gelegenheit geben, in der Arbeitsgemeinschaft Fachfragen zu erörtern, die sich in der Ausbildung in der Station gestellt haben.

Im Interesse der Einheitlichkeit der Ausbildung sollen im Einzelnen die sich aus dem Anhang I ergebenden zivilprozessualen Fragen- und Problemkreise besprochen werden. Die systematische Wiederholung und Vertiefung des materiellen Rechts ist nicht Gegenstand der Arbeitsgemeinschaft, sondern dem Selbststudium der Rechtsreferendare überlassen.

V. Stoffkatalog

Die Rechtsgebiete, die Gegenstand der zweiten juristischen Staatsprüfung sein können, ergeben sich aus § 27 JAO. Auf dem Gebiet des formellen Zivilrechts sind für die Ausbildung insbesondere die im Anhang I aufgeführten Themen von Bedeutung. Dem Arbeitsgemeinschaftsleiter obliegt die Bestimmung der Reihenfolge und Gewichtung der im Stoffkatalog genannten Themen.

Um den Rechtsreferendaren die Vorbereitung der Unterrichtsstunden zu erleichtern, soll ihnen der Arbeitsgemeinschaftsleiter in den ersten Unterrichtsstunden mitteilen, an welchen Unterrichtstagen welche Stoffgebiete behandelt werden sollen (Zeittafel). Damit erlangen die Rechtsreferendare zugleich eine Übersicht über die Bereiche, die sie sich im Wege des Selbststudiums erarbeiten müssen.

VI. Beurteilungen

Nach Beendigung der Arbeitsgemeinschaft hat der Leiter der Arbeitsgemeinschaft unverzüglich für jeden Rechtsreferendar ein Zeugnis gemäß § 26 JAO zu erteilen.

Das Zeugnis soll ein Bild von der Eignung, den Leistungen und dem Stand der Ausbildung geben. Hierzu soll das im Anhang II vorgesehene Formular verwendet werden.

VII. Sprachliche Gleichbehandlung

Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen, die in diesem Ausbildungsplan gebraucht werden, gelten sowohl in der männlichen als auch in der weiblichen Sprachform.

VIII. Übergangsvorschriften

Für Rechtsreferendare, die den Vorbereitungsdienst vor dem 1. August 2008 aufgenommen haben, findet der Ausbildungsplan in der bis zum In-Kraft-Treten des vorliegenden Ausbildungsplanes geltenden Fassung Anwendung. Verzögert sich die Ausbildung, kann die Ausbildungsbehörde Inhalt und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes nach Maßgabe der Übergangsbestimmung des JAG in seiner jeweils geltenden Fassung an die seit dem In-Kraft-Treten dieses Ausbildungsplanes geltenden Vorschriften anpassen, soweit dies aus organisatorischen Gründen zweckmäßig ist.

IX. In-Kraft-Treten

Der Ausbildungsplan tritt am 1. August 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt der bisherige Ausbildungsplan außer Kraft.

Anhang I (Stoffkatalog)

- 1) Klagearten
 - a) Widerklage
 - b) Stufenklage
 - c) Feststellungsklage
- 2) Klageänderung
- 3) Klagerücknahme, Anerkenntnis und Prozessvergleich
- 4) Prozessaufrechnung

- 5) Säumnisverfahren
 - a) Versäumnisurteil
 - b) Einspruchsverfahren
 - c) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
- 6) Einstweiliger Rechtsschutz
- 7) Beweisrecht
 - a) Grundprobleme der Beweiswürdigung
 - b) Beweislast
 - c) Beweismittel
- 8) Streitgenossenschaft
- 9) Streitverkündung
- 10) Parteiwechsel
- 11) Überblick über das Mahnverfahren einschließlich Vollstreckungsbescheid
- 12) Grundzüge des Zwangsvollstreckungsrechts
 - a) Begriff und Verfahrensgrundsätze der Zwangsvollstreckung
 - b) Arten der Zwangsvollstreckung
 - c) Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen
 - d) Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen
 - e) Vollstreckungshindernisse
 - f) Rechtsbehelfe und Klagen im Rahmen der Zwangsvollstreckung

Anhang II (Zeugnis)

Nach § 26 JAO soll sich der Ausbilder im Zeugnis über die Leistungen und Befähigung des Rechtsreferendars äußern. Die Gesamtleistung ist mit einer der Noten und Punktzahlen zu bewerten, wie sie für Einzelleistungen in der Prüfung vorgeschrieben sind. Diese bestimmt sich nach der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung in der jeweils geltenden Fassung. § 1 dieser Verordnung hat folgenden Wortlaut:

§ 1 Notenstufen und Punktzahlen

Die einzelnen Leistungen der ersten und zweiten Prüfung sind mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen zu bewerten:

sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung = 16 bis 18 Punkte
gut	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung = 13 bis 15 Punkte
vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung = 10 bis 12 Punkte
befriedigend	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht = 7 bis 9 Punkte
ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht

	= 4 bis 6 Punkte
mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
	= 1 bis 3 Punkte
ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung
	= 0 Punkte

Zeugnis über die in einer Arbeitsgemeinschaft erbrachten Leistungen

Arbeitsgemeinschaft
für den/die Rechtsreferendar/in
in der Zeit vom bis
Ausbilder/in

I. Behandelte Sachgebiete

...

II. Beurteilung

(Die Beurteilung muss der Persönlichkeit der/des Auszubildenden gerecht werden und ohne jede Beschönigung zutreffenden Aufschluss über ihre/seine Fähigkeiten und Leistungen im Vorbereitungsdienst vermitteln. Werturteile sollen grundsätzlich mit Tatsachen belegt werden.)

1) Fähigkeiten

(Rechtskenntnisse; sonstige berufsbezogene Kenntnisse; Fähigkeit, diese Kenntnisse in der Praxis anzuwenden; soziales und wirtschaftliches Verständnis; Auffassungsgabe; Urteilsfähigkeit; sprachliche Ausdrucksfähigkeit)

...

2) Leistungen

(Anzahl, Qualität und praktische Verwertbarkeit der schriftlichen Arbeiten; mündliche Leistungen; Sorgfalt)

...

3) Dienstliches Verhalten

(Einsatzbereitschaft; Zuverlässigkeit; Kommunikationsfähigkeit)

...

III. Gesamtnote und Punktzahl

...

Brandenburgisches Oberlandesgericht
Der Präsident

Brandenburg an der Havel, den 28. Mai 2008

Hon.-Prof. Dr. Farke